

**Unzumutbar: Österreich beschließt wieder keine Reichensteuer!**

# Sparpolitik verschärft Krise

Näheres auf Seite 2

Ausgabe 2

**Echt  
krass**

TOTAL ABHÄNGIG



## Nicht Sozialstaat hat Schulden verursacht, sondern Kürzungspolitik!

# Wer ist Schuld an den Schulden?

**Nicht der Sozialstaat ist für einen Anstieg der Schulden verantwortlich (siehe Infobox „Die Sozialstaatslücke“). Auch zuletzt sind die Staatsschulden nicht wegen zu großen Sozialausgaben, sondern wegen der Finanzkrise stark gestiegen. Die Staatsverschuldung ist vor allem deswegen angestiegen, weil die Höhe der Staatseinnahmen zurückgegangen ist.**

Warum sind die Staatseinnahmen zurückgegangen? Durch sinkende Reallöhne, höhere Arbeitslosigkeit und weniger Steuern auf Gewinne und Vermögen. So kann der Staat nur weniger einnehmen und muss sich verschul-

den. Wie funktioniert das? Obwohl wir heute deutlich mehr pro Stunde produzieren als zum Beispiel noch vor 15 Jahren, zahlen die Unternehmen nicht entsprechend mehr. So kam die gestiegene Produktivität nicht den Ar-

beitnehmern und Arbeitnehmerinnen zugute, sondern den Unternehmen und ihren Aktionären und Aktionärinnen. Zugleich wurden die Steuern auf Unternehmensgewinne und Vermögen stark gesenkt. Die Folge davon: Der Staat nimmt weniger Steuern ein.

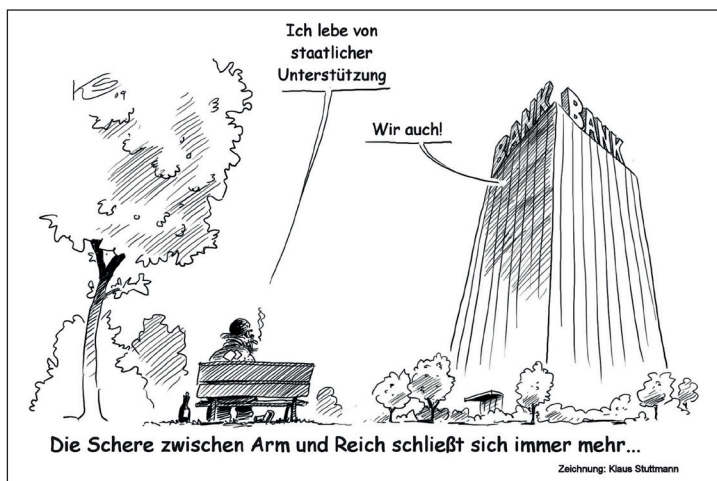
Die Ausgaben für Soziales blieben aber gleich, daher mussten zu deren Finanzierung Schulden aufgenommen werden. Sinkende Löhne drückten den Konsum und führten zu geringem Wirtschaftswachstum und steigender Arbeitslosigkeit. Damit verbunden waren weitere

Einnahmenverluste für den Staat und gleichzeitig höhere Sozialausgaben.

Was war die Antwort auf diese Entwicklungen? Kürzungen von Löhnen, Pensionen und Sozialleistungen, anstatt die stark wachsenden Gewinne und Vermögen zu besteuern.

Nicht der Sozialstaat ist also für die gestiegenen Staatsschulden verantwortlich, sondern niedrige Löhne und Steuersenkungen auf Gewinne und Vermögen. Sozialabbau löst daher das Problem nicht, im Gegenteil: Er führt zu noch höheren Staatsschulden.

## Bankenrettung reißt Budgetloch



Die Bankenrettung kostet Österreich laut Wirtschaftsforschungsinstitut WiFO drei bis vier Milliarden Euro. Dieses „Staatsgeld in den Banken ist wohl verloren“, sagt Franz Hahn, Finanzexperte des WiFo im Kurier. Die Regierung pries die Bankenrettungen als gutes Geschäft: Erst würde gerettet,

dann saniert und schließlich gewinnbringend verkauft. Alle geretteten Staatsbanken – also ÖVAG, Hypo Kärnten

*Eigentlich ist es gut, dass die Menschen unser Banken- und Währungssystem nicht verstehen. Würden sie es nämlich, so hätten wir eine Revolution vor morgen früh.* Henry Ford

und Kommunalkredit – seien nun aber unverkäuflich, meint Hahn. Er fragt sich, ob es nicht billiger gewesen wäre, die Banken sofort zuzusperren. Von der einen Milliarde Euro, die 2009 der Volksbanken AG zugesprochen wurde, sind 700 Millionen schon abgeschrieben. Doch die Republik hat noch nicht genug: im April 2012 steigt der Bund mit 40 Prozent in die Volksbank ein. Merkwürdig: Unternehmen wie die Post oder die Austria Tabak, die schwarze Zahlen schreiben, werden privatisiert. Defizitäre Banken aber verstaatlicht. Die Gewinne streichen Private ein, die Verluste dürfen wir alle tragen. Das muss geändert werden. Banken müssen demokratisch kontrolliert werden!

### Die Sozialstaatslücke

Ein aufgeblähter Wohlfahrtsstaat wird häufig für das „Schuldenproblem“ verantwortlich gemacht. Wir hätten über unsere Verhältnisse gelebt, heißt es dann. Dabei zeigen die Fakten klar: Der Schuldenstand in den Euroländern ist vor der Finanzkrise zurückgegangen. Erst die von den Finanzmärkten ausgelöste Wirtschaftskrise hat, nicht zuletzt auch wegen der immensen Bankenrettungspakete, zu einem starken Anstieg der Staatsschulden geführt.“

#### Impressum

Herausgeber: ÖGB, Gewerkschaft vida  
ZVR: 576 439 352, Johann-Böhm-Platz 1,  
1020 Wien, Medieninhaber: Verlag des ÖGB  
GmbH, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien,  
Hersteller: Mediaprint, Herstellungsort:  
Wien, Redaktionsteam dieser Ausgabe: Fabian Unterberger, Alexandra Strickner, Fritz Keller, Gisela Schuler-Wallner.  
Grafik: ÖGB, Fotos: Bildagentur Waldhäusl, Archiv

Klimaschädliche Subventionen fressen Milliardenbeträge

# Statt zu betonieren in die Zukunft investieren!



Bildagentur Waldhäusel / Alchinger Thomas

Allein der Autobahnbau verschlingt in Österreich 4,5 Mrd. Euro.

## Kaputtsparen von Gemeinden

**Auch auf Gemeindeebene nimmt der Spardruck zu. 83 Prozent der Bürgermeister und Bürgermeisterinnen gaben einer OGM-Studie zufolge an, Leistungen kürzen zu wollen.**

Die Gemeinden übernehmen immer mehr öffentliche Aufgaben. Nicht nur Kindergärten, Volks- und Hauptschulen oder etwa die Müllentsorgung gehören zu

Verfügung gestellt werden. Gemeindeeigene Abgaben wie z.B. die Grundsteuer wurden seit Jahrzehnten nicht angepasst. Auch die neue Umwidmungssteuer von Grün- in Bauland wird nicht an die Gemeinden, sondern in die Budgetkonsolidierung fließen. Dabei werden es wieder die

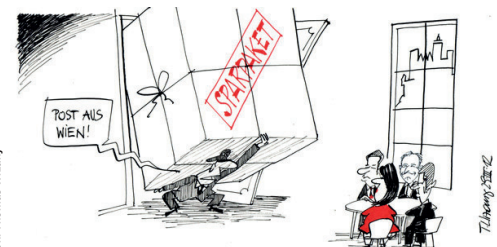


Illustration: Thomas Witzany

ihrem Bereich, auch die neue Mindestsicherung wird von den Gemeinden ausgezahlt. Und das, ohne dass ihnen ausreichend Mittel dafür zur

Gemeinden sein, die die Kosten einer Umwidmung zu tragen haben, etwa durch den Anschluss an gemeindeeigene Infrastruktur.

Ein großes Loch ins Budget fressen klimaschädliche Ausgaben in Milliardenhöhe. 4,5 Milliarden steckt die Bundesregierung in den Bau von Autobahnen wie der Lobauautobahn, die verkehrspolitischer Unfug und ökologischer Wahnsinn ist, wie Global 2000 kritisiert. Weitere 1,6 Milliarden versickern jährlich in der steuerlichen Begünstigung von Dienstwä-

gen. Ein Abbau solcher Milliardengräber wäre nicht nur der Budgetkonsolidierung, sondern auch der Erreichung der Klimaziele zuträglich. Er würde Spielraum für Investitionen in die Zukunft schaffen.

Solche wären etwa ein Ausbau des öffentlichen Verkehrs oder ein breites Programm zur thermischen Sanierung von Wohnhäusern. Damit könnte Österreich die Nase vorne haben, wenn die fossilen Brennstoffe wirklich einmal zur Neige gehen. Global 2000 schlägt vor: statt zu betonieren in die Zukunft investieren!

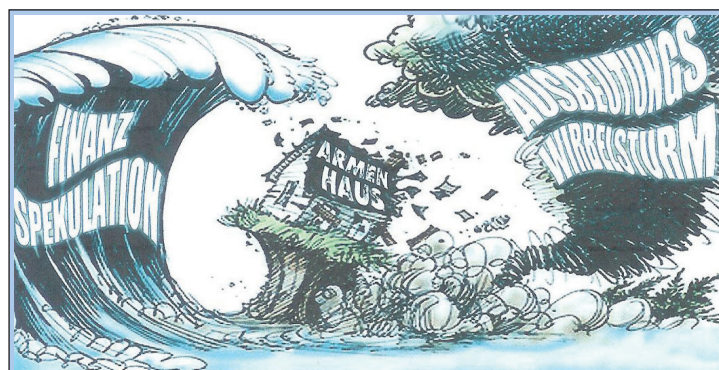


Illustration: Dieter Braeg

### „Echt krass“: So wird das Wetter

Ein seit langer Zeit auf die Gesamtwetterlage drückendes Spekulationshoch bleibt weiter bestimmend. Kleine Transaktionssteuerwölkchen lösen sich langsam aber sicher auf. Der Gewinnregen findet weiter nur für ausgesuchte Bereiche statt, während ein das herrschende Klima verbessernder Mindestlohnorkan ausbleibt. Bei dieser anhaltend einseitigen Wetterlage ist eine Schutzimpfung gegen die gefährlichen Schuldenbremsen unbedingt notwendig.

Einsparungen bei Ermessensausgaben treffen die Schwächsten am meisten

# Almosen statt Armutsprävention

Großen Schaden richten Kürzungen im Sozialbereich an. Hier wird bei Menschen in Not gespart. Trotz einiger Dementis, ist zu erwarten, dass unter der harmlos wirkenden Überschrift „Einsparung bei Ermessensausgaben“ Kürzungen mit dramatischen Auswirkungen versteckt sind. Zu den Betroffenen könnten dann Frauenhäuser ebenso wie Beratungsstellen oder Wärmestuben für Wohnungslose gehören, die schon jetzt mit Minibudgets auskommen müssen.

Häufig können sie jetzt schon einige ihrer Dienste nur durch den ehrenamtlichen Einsatz vieler Menschen anbieten. So wird der



Der Sozialstaat wird ausgehöhlt, Rechte durch Almosen ersetzt.

Sozialstaat langsam ausgehöhlt und Rechte durch Almosen ersetzt. Anstatt mit öffentlichen Geldern den Ausbau und die Absicherung eines guten Angebots sozialer Einrichtungen und Hilfs-

angeboten zu gewährleisten, ist zu befürchten, dass einige zuständige Politiker und Politikerinnen als VIP-Gäste teurer Charity-Buffets um Almosen für jene Organisationen bitten, die sie vorher

ausgehungert haben. Armutsprävention sieht anders aus. Wer Armut nachhaltig bekämpfen und vermeiden will, muss in ein starkes soziales Netz investieren statt Armutsrisiken zu erhöhen.

## Kürzungen beim öffentlichen Verkehr

Die hohen Spritpreise ärgern doppelt: Da ist die Abzocke der Ölmultis und dann soll auch bei den Öffis gespart werden.



Durch das Klimaschutzversagen unserer Umweltminister müssen wir Steuerzahler und Steuerzahlerinnen mehr als 700 Millionen Euro für CO<sub>2</sub>-Zertifikate blechen. Würde man dieses Geld für den Öffi-Ausbau verwenden, könnte vielen Menschen der Spritpreis egal sein, meint die Gewerkschaft vda! In der Schweiz ist jedes Dorf im Taktverkehr per Bus oder Bahn erreichbar. Auch in Österreich steigen immer mehr auf Öffis um. Damit Angebot mit Nachfrage Schritt hält, braucht es zusätzliches Geld. Statt die ÖBB kaputt zu sparen und Regionalbahnen still zu legen, sollten neue Züge angeschafft werden.

### Sparen lässt Schulden explodieren

<b>Griechenlands Schulden</b>	<b>2008: 113%*</b>
	<b>2011: 163%*</b>
<b>Großbritanniens Schulden:</b>	<b>2008: 55%*</b>
	<b>2011: 84%*</b>

\* in % des BIP

Quelle: BMF

## Sparpaket dämpft Wirtschaft

Das Sparpaket 2012 nimmt vor allem die Pensionen unter Beschuss. Zahlreiche Maßnahmen zielen auf eine Erhöhung des Pensionsalters ab. Auch die Beschäftigten im öffentlichen Dienst müssen „die Krot“ schlucken, unabhängig von ihrer individuellen Einkommenssituation. Zu befürchten ist, dass die Nulllohnrunde für Beamte und Beamtinnen auch Löhne in anderen Branchen drückt. Auf eine stärkere Belastung Vermögender wurde hingegen weitgehend verzichtet. Das bedeutet, dass den Leuten weniger im Geldbörstel bleibt. Laut einer Prognose des Wirtschaftsforschungsinstituts drückt das Sparpaket den Konsum damit um 0,6% des BIP. Also eine ordentliche Wachstumsdämpfung. Gut gemacht!



Privatisierungen = Qualitätseinbruch und Kostenexplosion für BürgerInnen

# Vermeintliches Sparen teuer bezahlt

Seitdem alle Welt nur noch vom Sparen spricht, wird auch dem Öffentlichen Dienst in Ländern und Kommunen radikaler Abbau von Leistungen empfohlen. Dabei belegen zahlreiche Beispiele, dass „Sparen“ immer „Kürzen“ und meist auch „Verteuern“ bedeutet.

Wie der Hase in die Falle läuft, zeigt das Schicksal der Krankenhäuser in Großbritannien. Der Verkauf an Investoren, die Effizienz und Kostensenkungen im großen Stil prophezeiten, war ein Verlustgeschäft auf mehreren Ebenen. Gerade 0,07 Prozent wurden letztendlich eingespart. Und das zu

einem enormen Preis, den vor allem Patienten und Patientinnen sowie die Angestellten bezahlen: Lange Wartezeiten, gemischte Schlafsäle plus schlechtere Sicherheitsmaßnahmen samt Anstieg von Infektionen.

Mittlerweile sprechen sich 74 Prozent der Briten gegen eine stärkere Rolle



Foto: 068

*Lebenswichtige Güter wie Wasser gehören in öffentliche Hand!*

des privaten Sektors im öffentlichen Dienst aus. Keineswegs ein Einzelfall.

Europaweit holen sich Länder und Städte ihr Eigentum zurück: Wasser in Paris und Polen, Altenpflege in Spanien, Müllabfuhr

in Frankfurt, Gas in der Slowakei, Verwaltung in Dänemark.

Bei der Erbringung öffentlicher Dienstleistungen schneidet die Öffentliche Hand eben deutlich besser ab als Private.

## *In den Wind geschleimt...*

*„Wir müssen sparen“, verkünden die Politiker, zustimmend nicken jene, die vorgeben etwas davon zu verstehen!*

## Europäischer Fiskalpakt – Kürzen für immer!?



Mit dem Ende Jänner von den Regierungschefs unterzeichneten Europäischen Fiskalpakt verpflichten sich die Staaten, Schuldenbremsen rechtlich zu verankern. Dadurch wird über Nacht Demokratie geschwächt und dem Diktat der Finanzmärkte die Budgethoheit der Parlamente geopfert, die sich nun an diesen gesetzten Rahmen halten müssen. Öffentliche Ausgaben sowie Arbeits- und Sozialeinkommen werden durch europäische Vorgaben radikal gekürzt, Lohnabhängigen, Arbeitslosen und Rentnern werden die Kosten der Bankenrettung aufgebürdet. Wer sich nicht daran hält, dem drohen Strafzahlungen in Milliardenhöhe. Nun, vor der Ratifizierung des Vertrages, beginnt sich allerorten Widerstand zu regen (siehe S. 7).

## Spardiktat: verheerend!

Die von den EU- Institutionen durchgesetzte Spardoktrin richtet Gesellschaften zugrunde. Den Griechen und Griechinnen wurden die Löhne kurzerhand um 20- 40% gekürzt, der 13. und 14. Monatsgehalt gestrichen. Mietsubventionen für arme Familien wurden eingestellt. Rezepte auf Medikament werden nicht mehr eingelöst. 30.000 Beschäftigte im öffentlichen Dienst verloren ihren Job, 170.000 sollen ihnen in den nächsten 3 Jahren folgen. Die Folge: die Arbeitslosigkeit stieg von 7% auf 21%, in Athen gibt es 15.000 neue Obdachlose, Kinder fallen

in ihren Klassen vor Hunger in Ohnmacht. Auch in Spanien stieg die Langzeitarbeitslosigkeit seit 2007 um das Vierfache. Die Kürzungen bei Bildung und Gesundheit von über 10 Milliarden Euro werden weitere tausende Arbeitsplätze vernichten. Diejenigen, die bei 40% Jugendarbeitslosigkeit das Privileg einer Beschäftigung genießen, verdienen mehrheitlich unter 640 Euro monatlich. Auf die Wirtschaftsdaten wirkt sich diese Politik verheerend aus: der griechische Markt brach um 35% ein, das Wachstum schrumpft rapide und die Verschuldung steigt!

## Schuldenabbau durch Ausbau von Pflege, Kinderbetreuung, Öffis

# Investitionen statt Kürzungen



Demonstration der Allianz „Wege aus der Krise“ gegen Sparpolitik.

So paradox es vielleicht für einen klingen mag, aber mit mehr öffentlichen Investitionen können wir die Krise bewältigen. Wie ist das möglich? Unser Hausverband sagt uns, um Schulden abzubauen, müssen wir den

Gürtel enger schnallen. Das stimmt auch. Aber ein Staat ist eben keine Einzelperson und auch kein Unternehmen. Ob in der Gemeinde, auf Landesebene oder im Bund – der Staat ist zum einen ein wichtiger Arbeit-

geber (Kindergärten, Krankenhäusern, Schulen, Öffis, Feuerwehr, Polizei etc.), ein wichtiger Investor (Wohnbau, Soziale Dienste) und auch Nachfrager von Gütern und Dienstleistungen (z.B. für Lebensmittel für Schulen

und Krankenhäusern etc.). Wenn also der Staat seine Ausgaben kürzt – noch dazu in einer Situation wo weder private Haushalte noch Unternehmen bereit sind mehr Geld auszugeben – führt das schlichtweg in den wirtschaftlichen Abschwung. Die Schulden steigen dann erst recht. Daher brauchen wir jetzt Zukunftsinvestitionen für ein gutes Leben für alle statt Sparpakete. Und zwar in den Ausbau von Pflege, Kinderbetreuung, Öffis, thermische Sanierung von Wohnungen und bessere Bildung. Damit werden tausende Arbeitsplätze geschaffen, gleichzeitig die Ausgaben für Arbeitslosigkeit reduziert und mehr Steuern eingehoben.

## Wer Schulden beklagt, muss Vermögen besteuern

Vermögende nehmen ihren Reichtum meist als selbst erarbeitet und gerechtfertigt wahr, auch wenn es sich zumeist wie z. B. bei Erbschaften um leistungslose Einkommen handelt. Dazu kommt,



das Vermögende ihren Einfluss auf Politik und Wirtschaft zur

Vermehrung ihres Vermögens bestens zu nützen wissen. Zugleich wird der Staat als ineffizient abgewertet, Steuerzahlen als lästiges Übel abgetan. Eine Besteuerung übermäßigen Vermögens ist daher unerlässlich. Denn: Dass die 10 reichsten Prozent in Österreich über 60 Prozent des Geld- und Immobilienvermögens verfügen, kann dem gedeihlichen Zusammenleben nicht gut tun.

**Staatsschulden  
nur ein Sechstel der  
privaten Vermögen**

**1320  
Mrd.**

**217  
Mrd.**

**Staatsschulden private Vermögen**

Die Staatsschulden belaufen sich 2011 laut Statistik Austria auf 217 Milliarden Euro. Dem gegenüber stehen private Geld- und Immobilienvermögen in Österreich in der Höhe von 1320 Mrd. Euro, also sechsmal so viel wie die gesamte Staatsverschuldung. Dieses Vermögen ist in der Hand von nur einigen Wenigen: 10 % der Bevölkerung besitzen 60% davon. Dennoch wird bei den Pensionen gespart, statt Vermögen zu besteuern. Und das, wo allein das private Geldvermögen hundertmal mehr ausmacht, als der Staat für sämtliche Pensionen ausgibt.

(Quelle: Statistik Austria, OeNB)

## Budgetsanierung durch Bekämpfung der Steuerhinterziehung

Durch Schwarzarbeit entgehen dem österreichischen Fiskus mehrere Milliarden im Jahr. Dazu kommen weitere zig Milliarden, die durch Steuerhinterziehung bzw. Steuerflucht am Finanzamt vorbeigeschleust werden. Allein in der Schweiz sollen 12 bis 20 Milliarden Euro Schwarzgeld liegen. Aber der jährliche Einsparungsbedarf des aktuellen Sparpakets könnte locker hereingebracht werden, wenn man den Steuerbetrug erfolgreich bekämpfen würde.



Aufruf deutscher Gewerkschafter: „Europa neu begründen!“

# Gewerkschaften: Fiskalpakt stoppen!

Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen in Deutschland sagen: so kann und darf es nicht weitergehen. Das Projekt Europa steht auf der Kippe. Statt Politik für einige Wenige und Profitgier als Krisenursachen zu benennen, werden die Staatsdefizite zu einer (Sozial-)Staatschuldenkrise umgedeutet, um damit eine desaströse Politik zu legitimieren. Öffentliche Ausgaben sowie Arbeits- und Sozialeinkommen werden durch Vorgaben wie z.B. dem euro-

päischen Fiskalpakt radikal gekürzt, Lohnabhängigen, Arbeitslosen und Rentnern werden die Kosten der Bankenrettung aufgebürdet.

Die Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen rufen die Menschen und Organisationen in anderen Ländern zur Begründung einer europäischen sozialen Bürgerbewegung auf, die gegen die desaströse Krisenpolitik und für einen radikalen Politik- und Pfadwechsel antritt. Ein erster Schritt auf diesem Weg muss die Ablehnung

des Fiskalpakts in seiner gegenwärtigen Form und eine Neuverhandlung des fiskalpolitischen Rahmens sein. Der Weg Europas in den Ruin muss gestoppt werden – durch mehr wirtschaftliche Vernunft, soziale Gerechtigkeit und demokratischen Mut! Europa braucht eine öffentliche Debatte über eine neue solidarische und



demokratische Zukunft!  
[www.europa-neu-begruenden.de](http://www.europa-neu-begruenden.de)

# Finanztransaktionssteuer – wann?

Seit Jahren reden die Politiker davon – realisiert wurde bisher nichts. Immer noch scheitert eine EU-weite Finanztransaktionssteuer (FTS) vor allem am Widerstand Großbritanniens. Und das trotz einer immer breiteren Unterstützung durch die Bevölkerung Europas.

Die Steuer soll auf den Handel mit Aktien, Anleihen, Fremdwährungen und spekulativen Finanzprodukten eingehoben werden. Laut einer WiFo - Studie könnte eine Finanztransaktionssteuer von zum Beispiel 0,05 Prozent europaweit ca. 230 Mrd. Euro pro Jahr einbrin-

gen. Gleichzeitig würden damit vor allem kurzfristige hochspekulative Finanztransaktionen reduziert. Das Geld darf aber nicht nur zum Stopfen unserer Budgetlöcher verwendet werden, sondern muss auch in die globale Armutsbekämpfung und den Klimaschutz fließen.

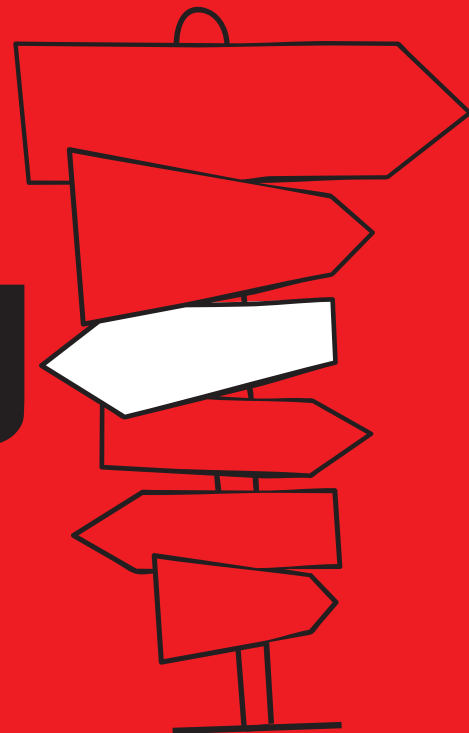


*Finanzgeschäfte werfen Rekordgewinne ab – Staaten kaputt gespart.*

Jetzt muss der Druck auf die neun pro- FTS Regierungen in der EU (so auch Öster-

reich) erhöht werden, damit zumindest die Kernzone Europas diese einführt.

# **Gemeinsam einen neuen Weg einschlagen!**



- **Große Vermögen besteuern, Arbeit entlasten!**
- **Öffis, Kinderbetreuung und Pflege ausbauen!**
- **Geld für Bildung statt für Banken**
- **Privatisierungen stoppen!**
- **Arbeitszeitverkürzung statt Arbeitslosigkeit!**



**Ja zu einem Zukunftsbudget!  
Jetzt unterstützen!  
[www.wege-aus-der-krise.at](http://www.wege-aus-der-krise.at)**